



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 2

Februar 1978

## INHALT

Seite

### Neues aus der ITF

ITF fordert zur Beteiligung an IBFG-Kampagne gegen Apartheid auf	16
Tunesien: ITF fordert unverzügliche Freisetzung des Kollegen Abderrazak Ayoub	17
Zimbabwe: IAO-Bericht dringt auf beschleunigten Übergang zu Mehrheitsregierung	17

### Transport und Verkehr

Inkraftsetzung internationaler Vorschriften zur Verhinderung der Verunreinigung der Meere	20
Bundesrepublik Deutschland: Personalabbau kein Mittel zur wirtschaftlichen Sanierung der Bundesbahn	20
Schweden: Führende Seeleutevertreter beantragen Verbot gegen Ausflagen	21

### Gewerkschaften

Erster Kongreß der Spanischen Transportarbeiterföderation	21
Spanisches Arbeitsgericht unterstützt Recht auf Wiederanstellung	22

### Aus der Welt der Arbeit

Australien: Personenaufzüge für Containerkräne	23
Ghana: Neuer Kollektivvertrag für Schiffsoffiziere	23
Großbritannien: Arbeitsgruppe empfiehlt britische Heuer für asiatische Seeleute	24
Höhere Löhne für britische Tankwagenfahrer	24
Irland: Abschaffung des Tagelöhnersystems in Dubliner Hochseehäfen geplant	25
Israelische Seeleute streiken für bessere Heuern	25
Japan: Seeleutegewerkschaft wird Dienst auf ausländischen Schiffen zulassen	25
Kanada: Erster Kollektivvertrag für Nordair-Kabinenpersonal	25

Norwegen: Erstmalsig Kollektivvertrag für Offshore- personal	26
Portugiesische Eisenbahner beantragen baldige Revision ihres Kollektivvertrages	26
Schweiz: Vertragsverhandlungen für die Seeschifffahrt abgeschlossen	26
<u>ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen</u>	27
<u>Kurznachrichten</u>	28
<u>Personalien</u>	29
<u>Bevorstehende Tagungen</u>	30
<u>Anhang: Mai-Aufruf des IBFG</u>	

NEUES AUS DER ITF

SÜDAFRIKA

ITF fordert Mitgliedsverbände zur Beteiligung an  
IBFG-Protestwoche gegen Apartheid auf

Der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hat beschlossen, dem von der UNO verlautbarten Internationalen Jahr gegen Apartheid seine volle Unterstützung zu geben. Dieses Protestjahr beginnt am 21. März 1978 und sieht eine laufende Kampagne gegen Apartheid während der folgenden 12 Monate vor. Ziel dieser Kampagne ist es, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Ausbeutung südafrikanischer Arbeiter unter dem Apartheid-System zu lenken und Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, mit besonderem Bezug auf die Anerkennung schwarzer Gewerkschaften.

Die Kampagne wird durch eine Protestwoche eingeleitet, die am 13. März beginnt und am 21. März -- dem Jahrestag des Blutbades von Sharpsville -- endet. Hauptziele sind: Aufhebung der bestehenden Arbeits- und Aufenthaltsbeschränkungen gegen afrikanische Gewerkschafter und Personen, die afrikanischen Arbeitnehmern bei der gewerkschaftlichen Organisation behilflich sind; Anerkennung schwarzer Gewerkschaften und Förderung der Bildung starker Gewerkschaften und der Gewährung voller Bürger- und Menschenrechte für schwarze Arbeiter.

Die ITF unterstützt das allgemeine Ziel dieser Kampagne voll und ganz und hat ihre Mitgliedsverbände in aller Welt aufgefordert, die dem IBFG angehörenden gewerkschaftlichen Dachorganisationen ihrer Länder bei der Durchführung von Programmen im Rahmen der IBFG-Kampagne voll zu unterstützen oder, falls es in ihren Ländern keine dem IBFG angehörenden Gewerkschaftsbünde gibt, ihrerseits ähnliche Kampagnen durchzuführen, vorzugsweise in Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften oder Organisationen.

Mit Verweis auf die vom IBFG veröffentlichten Richtlinien hat die ITF einige Anregungen inbezug auf Aktionen gegeben, die Mitgliedsverbände während der genannten Protestwoche unternehmen könnten, wie z.B.:

- Einberufung landesweiter Versammlungen und Pressekonferenzen, die mit der Eröffnung der Protestwoche zusammenfallen;
- Druck auf Unternehmen mit Niederlassungen in Südafrika, um die Anerkennung schwarzer Gewerkschaften durchzusetzen;
- Kampagnen unter Gewerkschaftsmitgliedern, um die Auswanderung von Weissen nach Südafrika zu verhindern (Verbot der Veröffentlichung von Anzeigen für Stellen in Südafrika) und Druck auf Unternehmen, damit diese die Suche nach weißen Arbeitskräften zugunsten der Förderung und Ausbildung schwarzer Arbeitnehmer aufgeben;

- erneuter Druck auf Regierungen mit dem Ziele: a) der Einstellung von Kreditgarantien und der Entziehung von Exportlizenzen, b) der Befolgung der UNO-Beschlüsse gegen den Handel mit Südafrika, c) der Verweigerung der Anerkennung der Bantustan-Gebiete, d) des Abbaus aller Kulturabkommen und ähnlicher Kontakte und e) der Vornahme von Protesten gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der südafrikanischen Regierung, mit besonderem Verweis auf die bewusste Behinderung der gewerkschaftlichen Tätigkeit;
- Durchführung einer Informations- und Aktionskampagne, einschliesslich der Verweigerung der Handhabung von Waren für oder aus Südafrika während der Protestwoche.

Die Mitglieder des IBFG-Vorstandes sind der Meinung, daß eine solche Kampagne nur den gewünschten Erfolg bringen kann, wenn die eigentlichen Arbeitnehmer auf Betriebsebene einbezogen werden. Es ist somit eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, ihre Mitglieder aufzuklären und sie auf die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten.

#### TUNESIEN

##### ITF fordert unverzügliche Freisetzung von Abderrazak Ayoub

Nachdem die zentralen Tarifverhandlungen als ergebnislos abgebrochen worden waren, nahmen viele tunesische Arbeiter am Donnerstag, 26. Januar 1978, an einem vom Tunesischen Gewerkschaftsbund (UGTT) ausgerufenen Generalstreik teil, gegen den die Behörden mit Gewaltmaßnahmen einschritten, so daß gemäss Pressemitteilungen mehrere Streikteilnehmer getötet wurden. Die meisten führenden Amtsträger des UGTT befinden sich in Haft, darunter ITF-Vorstandsmitglied Abderrazak Ayoub, Stellvertretender Generalsekretär der Tunesischen Eisenbahnerföderation, die in prominenter Eigenschaft an der obengenannten Streikaktion beteiligt war.

Sobald der Generalsekretär der ITF von der Verhaftung des Kollegen Ayoub erfuhr, entsandte er ein Protesttelegramm an Hedi Nouira, dem tunesischen Premierminister, und forderte, daß Kollege Ayoub entweder unverzüglich freigesetzt oder formell angeklagt werde. Im letzteren Falle wolle die ITF davon verständigt werden, welche spezifischen Beschuldigungen gegen Ayoub vorliegen und wann er vor Gericht gebracht werden würde.

#### ZIMBABWE

##### IAO-Bericht dringt auf beschleunigten Übergang zu einer Mehrheitsregierung

Das Internationale Arbeitsamt hat vor kurzem einen Bericht über Arbeitsbedingungen und Diskriminierung in Südrhodesien (Zimbabwe) veröffentlicht, der ausgiebiges Beweismaterial

darüber enthält, daß die Regierung des Landes seit der rechtswidrigen Unabhängigkeitserklärung vom Jahre 1965 das derzeit bereits sehr strenge und unbiegsame System der Herrschaft der weißen Einwohner des Landes über die zunehmend ärmer werdende und unterdrückte schwarze Mehrheit weiter ausgebaut und verschärft hat. Infolgedessen ist eine offensichtliche Verschlechterung der Lage der schwarzen Bevölkerung eingetreten.

Die für den Industrie Sektor geltenden Bestimmungen der Arbeitsgesetzgebung sind durch bewußte Änderungen des im Jahre 1959 erlassenen Schlichtungsgesetzes noch einschränkender gemacht worden. Die Festlegung von Löhnen erfolgt noch autokratischer als zuvor und ist immer seltener Gegenstand ordnungsgemäßer Verhandlungen, so daß die Anpassung der schon immer äußerst niedrigen Löhne der schwarzen Arbeitnehmer nicht einmal dem Anstieg der Lebenshaltungskosten Rechnung getragen hat. Die Gehälter der Weißen dagegen sind stark angehoben worden und ermöglichen einen sehr hohen Lebensstandard. Die Streikgesetzgebung wurde derartig eingeschränkt, daß sie praktisch als eine "gesetzwidrige Handlung" zu betrachten sind und es ist ein strafgesetzliches Vergehen, in den sogenannten "lebenswichtigen Diensten", zu denen auch der Transportsektor gehört, zur Ergreifung von Streikmaßnahmen aufzurufen. Obwohl dieses Verbot im gleichen Maße für weiße und schwarze Arbeitnehmer gilt, leiden die schwarzen Arbeiter weitaus mehr unter diesen Einschränkungen, weil es ihnen nicht möglich ist, ihre Anliegen und Beschwerden in anderer Form wirksam vorzutragen.

Die Arbeitsstellen, die größere Erfahrung und Geschick erfordern (und somit auch am besten bezahlt werden), sind vorwiegend mit Weißen besetzt, die infolge ihrer privilegierten Position einen nicht unbeachtlichen Einfluß ausüben, um sicherzustellen, daß die Zahl der schwarzen Anwärter auf eine berufliche Lehre so niedrig wie möglich gehalten wird. Die Arbeitgeber ordnen ihre schwarzen Arbeitnehmer sehr oft in die niedrigsten Lohngruppen ein und werden von der Regierung zur Bildung von Arbeitgebervereinigungen ermutigt, die in bezug auf die Anerkennung schwarzer Gewerkschaften eine äußerst zurückhaltende Haltung einnehmen. Viele Afrikaner sind in der Landwirtschaft und als Hausbedienstete beschäftigt und ihre Arbeitsbedingungen sind noch viel schlechter als die der schwarzen Industriearbeiter, weil die Beschäftigungsbedingungen des Dienstpersonals durch ein Gesetz geregelt werden, das sich "Masters and Servants Act of 1901" (Gesetz über das Verhältnis zwischen Herren und Bediensteten vom Jahre 1901) nennt. Dieses Gesetz sieht weder Kollektivverhandlungen noch einen garantierten Mindestlohn vor und dient seit über 70 Jahren zur Drückung des Lebensstandard der Arbeitnehmer in einem Beschäftigungsbereich, in dem ein Viertel der schwarzen Bevölkerung des Landes Arbeit findet. Auf dem Gebiete der Sozialversicherungs-

leistungen besteht unverhohlene Diskriminierung, weil schwarze Arbeitnehmer weder Arbeitslosengeld noch eine Altersrente erhalten. Die offizielle Stellungnahme der Regierung hierzu ist, daß es unter den Schwarzen keine Arbeitslosigkeit gibt. Die im Ruhestand befindlichen Schwarzen leiden große Not, weil sie mit der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oft ihr Wohnrecht in Städten verlieren. Sie arbeiten somit, wenn immer möglich, auch nach Erreichen des offiziellen Rücktrittsalters weiter, um sich einen spärlichen Unterhalt zu verdienen.

Die Mehrzahl der Afrikaner genießt keinerlei politische Rechte. Andere Rechte (z.B. die Redefreiheit, das Versammlungsrecht, das Vereinigungsrecht und das Veröffentlichungsrecht) sind stark eingeschränkt worden. Unter Bezug auf die umfassend revidierte Notstandsverordnung und das weniger einschränkende Gesetz zur Wahrung der öffentlichen Ordnung, sind eine Anzahl von Sicherheitsvorschriften verschärft und mehrere Gewerkschafter verhaftet oder einem Ausgangsverbot unterstellt worden. Auch inbezug auf Ort, Zeitpunkt und Teilnehmerzahl an gewerkschaftlichen Versammlungen bestehen gesetzliche Einschränkungen, welche die Bildung schwarzer Gewerkschaften stark behindern.

Die wichtigste Empfehlung des IAO-Berichtes ist, daß die Herbeiführung einer Mehrheitsregierung beschleunigt werden sollte, um es den schwarzen Einwohnern des Landes zu ermöglichen, ihr Schicksal mitzubestimmen. Ferner würde eine Mehrheitsregierung den Erlaß von Verordnungen zur Abschaffung zahlloser Einschränkungen ermöglichen, durch die der afrikanischen Bevölkerung gegenwärtig grundlegende Bürgerrechte vorenthalten werden, insbesondere auf dem Gebiete der Beschäftigung.

Der IAO-Bericht stellt abschließend fest:

" Zimbabwe befindet sich auf der Schwelle einer umfassenden Reform. Die Vornahme dieser Reform muß der Hebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung dienen und darf sich nicht auf veraltete Ideen und Vorstellungen stützen, die bisher die Interessen der schwarzen Arbeitnehmer und ihrer Familien sehr ernst beeinträchtigt haben. Durch internationale Bemühungen sollte sichergestellt werden, daß in Zimbabwe der in Artikel 2 des IAO-Übereinkommens Nr. 117 (Grundlegende Ziele und Normen der Sozialpolitik) enthaltene Grundsatz erfüllt wird, daß die Verbesserung der Lebenshaltung als Hauptziel der Pläne für wirtschaftliche Entwicklung zu gelten hat."

TRANSPORT UND VERKEHR

INTERNATIONALES

Inkraftsetzung von Vorschriften zur Verhinderung der Verunreinigung der Meere durch Rohöl

Im Januar dieses Jahres sind striktere internationale Vorschriften in Kraft gesetzt worden, um eine zu große Verunreinigung der Meere durch Rohöl zu verhindern. Die genannten Vorschriften verbieten das Ausstoßen von Rohöl und anderer fettiger Substanzen, wenn sich Schiffe nicht in Fahrt befinden. Die höchstzulässige Ausstoßrate wurde auf maximal 60 Liter pro Fahrtmeile festgelegt und die zulässige Ausstoßmenge beträgt 1/15000 der Gesamtbeförderungskapazität der betreffenden Schiffe. Ferner darf Rohöl nur ausgestoßen werden, wenn sich das Schiff mindestens 150 Meilen von der naheliegendsten Küste befindet.

Das erste internationale Abkommen zur Verhütung der Verunreinigung der Meere durch Rohöl wurde im Jahre 1954 angenommen. Für seine Verwaltung ist die Zwischenstaatliche Beratende Organisation für Seeschifffahrt (IMCO) zuständig, die seit 1959 eine Agentur der UNO ist. Im Jahre 1962 nahm der Schifffahrtssicherheitsausschuss der IMCO eine umfassende Revision des ursprünglichen Abkommens vor. U.a. wurden die Zonen, in denen das Ausstoßen von Rohöl grundsätzlich verboten ist, erweitert, und es wurde festgelegt, daß neue Tanker ab 20.000 BRT Rohöl überhaupt nur unter aussergewöhnlichen Umständen ausstoßen dürfen. Das revidierte Abkommen trat im Jahre 1967 in Kraft, wurde jedoch von den Tankerreedern unter Verweis auf den Mangel an Einrichtungen, die das Ausstoßen von Rohöl und Spülwasser in geeignete Behälter an Land ermöglichen würden, umgangen. Das Ausstoßen von Rohöl auf freier See wurde somit mehr oder weniger zur Regel. Im Jahre 1969 nahm die IMCO-Versammlung weitere Änderungen des Abkommens vor, um diesem Übel zu begegnen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Personalabbau kein Mittel zur wirtschaftlichen Sanierung der Bahn

Die der ITF angeschlossene Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat vorigen Monat in einer Presseerklärung darauf verwiesen, daß der bei der Deutschen Bundesbahn erfolgte Personalabbau in keiner Weise geeignet ist, zur Sanierung der Bundesbahn beizutragen. Wäre der Personalabbau hierfür geeignet, müßte die Bahn schon längst ein kerngesundes Unternehmen sein.

Die Bundesbahn hat im vergangenen Jahr ihren Personalbestand um 16.500 Eisenbahner reduziert. Der gegenwärtige Bestand beläuft sich gemäß Angaben der GdED auf nur noch knapp 374.000 Arbeitnehmer. Dies ist mit beachtlichem Abstand die niedrigste Zahl seit Kriegsende. Die Bundesbahn hat seit dem Jahre 1958 etwa 163.000 Mitarbeiter und seit der Ende 1974 verfügte Einstellungssperre rund 60.000 Bedienstete eingespart.

#### SCHWEDEN

##### Führende Seeleutevertreter ersuchen Premierminister, Flaggenwechsel zu verbieten

Spitzenfunktionäre der uns angeschlossenen schwedischen Gewerkschaften der Seeleute, Schiffsoffiziere und Schiffingenieure haben am 14. Dezember beim schwedischen Premierminister Thorbjörn Fälldin vorgesprochen, um ihm darzulegen, aus welchen Gründen die Regierung es der Reederei Salén verweigern sollte, zwei ihrer Schiffe - die Atlantic Wasa und die Pacific Wasa - auf eine Schattenflagge umzuregistrieren. Die schwedische Handelskammer hat aufgrund der Proteste der Seeleute bereits ein Veto gegen das geplante Ausflaggen zehn schwedischer Schiffe eingelegt. Am 10. Oktober ersuchte die Reederei Salén die Regierung, im Falle der beiden genannten Schiffe eine endgültige Entscheidung zu fällen.

Während des Gesprächs mit Premierminister Fälldin verwies der Vorsitzende der Schwedischen Seeleutegewerkschaft, Gunnar Karlsson, auf die wirtschaftliche Bedeutung der schwedischen Handelsflotte und auf die bereits sehr hohe Arbeitslosigkeit unter den schwedischen Seeleuten. Im Falle des Flaggenwechsels dieser beiden Schiffe würden etwa 100 Arbeitsplätze verloren gehen. Falls jedoch auch andere Reeder ermutigt würden, von den Vorteilen des Ausflaggens Gebrauch zu machen, stünden Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiele. Gunnar Karlsson warnte den Premierminister, daß die schwedischen Seeleute und ihre nationalen und internationalen Organisationen den Beschluß der schwedischen Regierung - falls sie den beantragten Flaggenwechsel zulasse - als eine Herausforderung betrachten würden. Es sei durchaus möglich, daß die Seeleutegewerkschaft sich gezwungen sehen könnte, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu ergreifen, durch welche der Seehandel mit Schweden beeinträchtigt und in die auch andere Verkehrsträger einbezogen werden könnten.

GEWERKSCHAFTEN

#### SPANIEN

##### Erster Kongreß der Spanischen Transportarbeiterföderation

Vom 9. - 11. Dezember 1977 fand in Madrid der erste Kongreß der Spanischen Transportarbeiterföderation (FTTEE) statt. Die



Delegierten zu diesem Kongress vertraten Arbeitnehmer folgender Transportzweige: Eisenbahn, Luftfahrt, Strassentransport, Schifffahrt und Hafenwirtschaft. Ferner war eine beachtliche Zahl von Gastdelegierten von anderen ITF-Mitgliedsverbänden anwesend, darunter ITF-Vizepräsident Jack Jones und die ITF-Vorstandsmitglieder S. Barendregt (Niederlande), L. Buonaccorsi (Frankreich) und P. Potums (Belgien). Sie alle bekundeten ihre Solidarität mit ihren spanischen Brüdergewerkschaftern, die hier in Madrid nach einer langjährigen Unterdrückung zu ihrem ersten freien demokratischen Kongreß zusammengetreten waren. Die ITF war durch Generalsekretär Harold Lewis vertreten, der die Grüße der Föderation überbrachte und unserem spanischen Mitgliedsverband die Unterstützung der ITF zusicherte.

In einer Entschliessung über Internationale Beziehungen bekräftigte der Kongreß die Zugehörigkeit der FTTEE zur ITF, bekundete seine Solidarität mit den Arbeitern in Ländern unter faschistischen und autoritären Regimen (mit besonderem Bezug auf Chile) und drang auf eine stärkere Vertretung der FTTEE in internationalen Gremien. In einer weiteren Entschliessung verspricht der Kongreß eine enge Zusammenarbeit der FTTEE mit der ITF zwecks Lösung der Probleme, die sich daraus ergeben, daß die Schifffahrt ein internationales Beschäftigungsbereich ist. Ferner befürwortete der Kongreß folgende Forderungen für spanische Seeleute: Einführung einer Mindeststeuer; keine Überstunden, es sei denn, daß dies absolut unvermeidbar ist; 2 Monate Urlaub bei Zahlung der vollen Heuer nach 5 Monaten auf See; Einführung eines obligatorischen Rücktrittsalters von 55 Jahren (freiwillige Pensionierung im 50. Lebensjahr oder nach 30 Dienstjahren); Festlegung einer zulänglichen Rente, jährlich revidiert bei Berücksichtigung des Anstiegs der Lebenshaltungskosten; Aufhebung der Disziplinargesetzgebung für die spanische Handelsmarine und Bereitstellung einer Schifffahrtsschule.

Zum neuen Generalsekretär der FTTEE wurde Andres Asenjo gewählt. Der bisherige Generalsekretär, Fernando Gonzalez Vila, ist Abgeordneter der sozialistischen Partei im neuen Parlament und stellte sich nicht wieder zur Wahl.

### Arbeitsgericht unterstützt Recht auf Wiederanstellung

Ein Arbeitsgericht in Madrid hat vor kurzem entschieden, daß ein Arbeiternehmer, der unter dem Franco-Regime aufgrund seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit seinen Arbeitsplatz verlor, Anspruch auf Wiederanstellung hat. Mit dieser Entscheidung tritt das vom spanischen Parlament im Oktober 1977 erlassene Amnestiegesetz in Kraft. In aller Wahrscheinlichkeit werden zwischen drei- bis viertausend Arbeitnehmer unter Berufung auf dieses Gesetz ihre Wiederanstellung in ihren früheren Arbeitsplätzen beantragen.

AUS DER WELT DER ARBEIT

AUSTRALIEN

Personenaufzüge für Containerkräne

Die uns angeschlossene Australische Hafentarbeitergewerkschaft (WWF) hat sich mit den Hafentarbeitgebern darüber geeinigt, daß alle Containerkräne mit Personenaufzügen auszustatten sind. Ferner sollen in der Kranführerkabine bestimmte Modifizierungen vorgenommen werden, um es dem Kranführer zu ermöglichen, sich im Gefahrenfalle in Sicherheit zu begeben oder vom Rettungsdienst sicher zu Boden gelassen zu werden, ganz gleich an welchem Teil des Querbalkens sich die Kabine zum gegebenen Zeitpunkt befindet.

Die obige Einigung kam nach Diskussionen zustande, die sich über eine lange Zeitspanne hinweg erstreckten. Sie erhielten jedoch neuen Antrieb durch das kürzliche tragische Unglück eines Kranführers, der einen Schlaganfall hatte und in der Führerkabine starb, weil es eine Stunde dauerte, bis die Rettungsdienste zu ihm gelangen konnten.

DÄNEMARK

Ingenieursgewerkschaft meldet Reeder wegen Verletzung der Bemannungsvorschriften

Die der ITF angeschlossene Dänische Schiffsingenieursgewerkschaft hat bei der staatliche Schifffahrtsbehörde eine Beschwerde gegen die Reederei Asgar Lindinger gemacht, weil an Bord des Schiffes Lindinger Unique anscheinend eine Verletzung der staatlichen Bemannungsvorschriften vorliegt (das Schiff fährt ohne einen befähigten Donkeymann). Auf zwölf weiteren Schiffen der Reederei scheint das Gleiche der Fall zu sein. Sollte dies stimmen, wird die Gewerkschaft auch diese Schiffe melden. Das einzige ordnungsgemäß bemannte Schiff der genannten Reederei ist anscheinend die Lindinger Nimbus, die im Dezember vorigen Jahres in Kopenhagen festgehalten wurde, weil sich kein fachgemäß ausgebildeter Donkeymann an Bord befand.

GHANA Höhere Heuern für Schiffsoffiziere

Die Ghanesische Schiffsoffiziersvereinigung (Mitglied der ITF) hat vor kurzem einen neuen Kollektivvertrag für ihre Mitglieder unterzeichnet, der folgende Verbesserungen vorsieht:

- Erhöhung der Heuern um 42% bei gleichzeitiger Ausdehnung der Heuerskalen für bestimmte Dienstgrade

- Zahlung einer Mehrarbeitspauschale in Höhe von 2 Tagelöhnen, ganz gleich ob Überstunden gearbeitet werden oder nicht
- Zulage für langen Auslandsdienst: 10% der monatlichen Grundheuer, nach sechsmonatiger Abwesenheit von Ghana (bisher 5% nach 12 Monaten)
- Erhöhung des Verpflegungsgeldes um 200% (auch bei Krankenurlaub zahlbar)
- Zahlung einer Wohnungszulage in Höhe von Cl30 (Jungoffiziere), Cl50 (höhere Offiziersdienstgrade) und Cl65 (Kapitäne und Chefindenieure)
- Verdoppelung der bei Urlaub zahlbaren Transportzulage

Die ghanesische Regierung hat ferner erklärt, daß Schiffsoffiziere ab 14 November 1977 auf 25% ihres Verdienstes keine Einkommensteuer zu zahlen brauchen, um sie für die Ausgaben zu entschädigen, die ihnen infolge einer längeren berufsbedingten Abwesenheit im Ausland entstehen.

#### GROSSBRITANNIEN

##### Arbeitsgruppe empfiehlt gleiche Heuer für asiatische Seeleute

Eine aus Vertretern der Seeleute, Reeder und Regierung bestehende Arbeitsgruppe der britischen Handelskammer empfiehlt in einem vor kurzem veröffentlichten Bericht, dass die Heuer der auf britischen beschäftigten ausländischen Seeleute (vorwiegend aus Asien) über die nächsten 5 Jahre allmählich auf das Niveau der jetzigen Heuer britischer Seeleute gebracht werden soll. Die Durchführung dieses Programmes wird insgesamt 29 Millionen Pfund kosten. Die erste Erhöhung der Heuer ausländischer Seeleute erfolgt am 1. April dieses Jahres; alle folgenden Erhöhungen (um jeweils £20 pro Monat) am 1. Januar des jeweiligen Jahres. Nach der dritten Erhöhung (im Januar 1980) soll geprüft werden, inwiefern das Programm zur Verringerung der Lücke zwischen der britischen Heuer und der Heuer der auf britischen Schiffen beschäftigten Ausländer beigetragen hat.

##### Höhere Löhne für Tankwagenfahrer

Die im Dienste der Petroleumgesellschaften Shell, Esso, BP und Texaco stehenden britischen Tankwagenfahrer begannen am 1. Februar nach ergebnislosen Abbruch der Tarifverhandlungen eine gewerkschaftliche Kampfkation, indem sie sich weigerten, Überstunden zu arbeiten. Dies führte zu einem verbesserten Tarifangebot, das einen wöchentlichen Grundlohn von £75 rückwirkend ab November 1977 vorsieht. Der neue Grundlohn gelangt jedoch bei der Berechnung der Überstunden und Schichtzulagen erst ab November 1978 zur Anwendung.

Die Fahrer sind Mitglieder der uns angeschlossenen Britischen Transportarbeitergewerkschaft (TGWU).

## IRLAND

### Abschaffung des Tagelöhnersystems in Hochseehäfen geplant

Die zuständigen irischen Gewerkschaften und die Hafenbehörde von Dublin haben vor kurzem eine erste Unterredung über die Abschaffung des Tagelöhnersystems in den Dubliner Hochseehäfen geführt. Es ist vorgesehen, daß die fest angestellten Hafentarbeiter einen Grundlohn von £100 pro Woche erhalten werden. Sie müssen jedoch ihrerseits einem flexibleren Personaleinsatz und einer Stabilisierung der Besatzung von Arbeitstrupps zustimmen. Da die Durchführung dieses Planes den Verlust von etwa 200 Arbeitsplätzen zur Folge haben würde, sind harte Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zu erwarten.

## ISRAEL

### Seeleute streiken für bessere Heuern und Zulagen

Am 19. Januar 1978 begann in Israel ein Streik der Seeleute und Schiffsoffiziere in Unterstützung von Forderungen auf Verbesserung der Heuern und bestimmter Zulagen. Am 1. Februar wurde der Streik auf die gesamte israelische Handelsflotte ausgedehnt. Der Konflikt dauerte bei Niederschrift des vorliegenden Berichtes noch an.

## JAPAN

### Seeleutegewerkschaft beschließt, Dienst auf ausländischen Schiffen zuzulassen

Die der ITF angeschlossene Alljapanische Seeleutegewerkschaft hat beschlossen, es ihren Mitgliedern zu gestatten, auf ausländischen Schiffen anzuheuern, vorausgesetzt, daß Löhne und Arbeitsbedingungen nicht schlechter sind als auf japanischen Schiffen. Die Seeleute sollen in einem besonders hierfür gebildeten Zentrum für den Dienst auf ausländischen Schiffen umgeschult werden.

## KANADA

### Erster Tarifvertrag für Nordair-Kabinenpersonal

Die der ITF angeschlossene Kanadische Vereinigung der Flugbegleiter (CALFAA) hat erstmalig einen Kollektivvertrag für ihre bei der Fluggesellschaft NORDAIR beschäftigten Mitglieder abgeschlossen, der bis zum 31. Dezember 1978 gilt und u.a. Folgendes vorsieht: Erhöhung der Löhne um 8% rückwirkend ab 1. Januar 1977 und um weitere 6% ab

1. Januar 1978; Zahlung einer Zulage von 50% des Grundlohnes ab der 81. Flugstunde pro Monat; Freizeitabgeltung für Dienstzeitperioden, die mehr als 14 Stunden betragen; Verlängerung des jährlichen Urlaubs; Sonderurlaub bei Todesfällen in der Familie und eine Versicherung der persönlichen Habe bis zu \$300 sowie verbesserte Bedingungen in bezug auf Mutterschaftsurlaub.

#### NORWEGEN

##### Offshore-Unternehmen schliesst ersten Kollektivvertrag ab

Ende Januar dieses Jahres hat das Offshore-Unternehmen Brown & Root erstmalig einen Kollektivvertrag für seine im norwegischen Offshoresektor der Nordsee beschäftigten Arbeitnehmer mit der Norwegischen Gewerkschaft der Petroleumarbeiter unterzeichnet.

#### PORTUGAL

##### Eisenbahner beantragen baldige Revision ihres Kollektivvertrages

Die 27.000 Eisenbahner Portugals haben am 2. Februar in Unterstützung ihrer Forderung auf eine baldige Revision ihres Kollektivvertrages einen 4-stündigen landesweiten Streik durchgeführt. Die Portugiesische Föderation der Eisenbahnergewerkschaften begann mit der Geschäftsleitung der Eisenbahnen bereits vor etwa 9 Monaten über einen neuen Vertrag zu verhandeln und hat als Protest gegen die Verzögerungstaktik der Arbeitgeber bereits 3 kurzfristige Arbeitsniederlegungen vorgenommen (am 27. Juli, 4. November und 30. November 1977).

Nachdem die Föderation für Februar dieses Jahres weitere Blitzstreiks angekündigt hatte, kam es zu einer befriedigenden Einigung mit der Eisenbahnverwaltung. Wir werden weiter hierüber berichten, sobald nähere Einzelheiten vorliegen.

#### SCHWEIZ

##### Vertragsverhandlungen für die Seeschifffahrt abgeschlossen

Die der ITF angeschlossene schweizerische Gewerkschaft VHTL hat mit dem Verband Schweizerischer Seereedereien eine Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages und des Lohnregulativs vereinbart. In Anbetracht des weltweiten Frachtrückganges und der Abwertung der Frachtleitwährung (US-Dollar) konnten diesmal keine spektakulären Verbesserungen durchgesetzt werden. Die näheren Einzelheiten sind wie folgt: Anhebung der Heuern um 1,3% (dies entspricht dem jährlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten);

Erhöhung des Urlaubsanspruchs aller Dienstgrade um jeweils zweieinhalb Tage ab 1.1.1978 und 1.1.1979, woraus sich folgender Anspruch ergibt:

- a) selbständig wachgehende Offiziere im Deck- und Maschinen- dienst, Funkoffiziere und Elektroniker:-
  - ab 1. Januar 1978 ... 30einhalb Kalendertage
  - ab 1. Januar 1979 ... 33 Kalendertage
- b) übrige Seeleute
  - ab 1. Januar 1978 ... 23einhalb Kalendertage
  - ab 1. Januar 1979 ... 26 Kalendertage

Zusätzliche Tarifvereinbarungen:

Funker haben nach zweijähriger Fahrzeit Anspruch auf die gleiche Heuer wie der 2. Deckoffizier

Wenn der 1. Koch bei Abwesenheit des 1. Stewards die Kontrolle des Proviantes innehat, erhält er eine Prämie von 200 Franken pro Monat.

Arbeitszeit

Den Seeleuten des Allgemeinen Dienstes wird der Samstag- nachmittag neu durch einen halben freien Tag entschädigt. Die Überstundenpauschale wird von 40 Stunden auf 32 Stunden reduziert. Als Berechnungsgrundlage für Mehrarbeit gelangen 192 Stunden pro Monat zur Anwendung (bisher 200 Stunden). Damit sind die Seeleute des Allgemeinen Dienstes den übrigen Seeleuten arbeitszeitmäßig gleichgestellt.

ITF-KAMPAGNE GEGEN SCHATTENFLAGGEN

Während der letzten Monate hat die Portugiesische Föderation der Hafentarbeitergewerkschaften, deren Beitritts-gesuch zur ITF auf der bevorstehenden Sitzung des ITF-Vorstandes behandelt werden wird, die ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen äusserst tatkräftig unterstützt. Es folgen einige Beispiele:

Im Oktober 1977 wurde im Hafen von Aveiro die Abfertigung des Schiffes CARACAS BAY (1.252 BRT) verweigert. Dieser Boykott führte zur Unterzeichnung eines ITF-Kollektivvertrages. Die Heuern der 11 philippinischen Besatzungsmitglieder wurden (mit Zustimmung der staatlichen Schifffahrtsbehörde der Philippinen) entsprechend erhöht. Das Schiff fährt unter der Flagge der niederländischen Antillen.

Im Dezember 1977 hielten Hafentarbeiter in Lissabon das in Panama registrierte Schiff AJAX II fest. Die deutschen Eigentümer des Schiffes erklärten sich zur Unterzeichnung eines ITF-Kollektivvertrages bereit. Die AJAX II fuhr dann nach Skandinavien weiter wurde jedoch in Holbaek von ITF-Inspektor Sven Fønsskov kontrolliert, der einen erneuten

Boykott anordnete, weil bei der Durchfahrt des Nordostsee-Kanals 3 Besatzungsmitglieder ohne Auszahlung der ihnen zustehende Heuerbeträge an Land gesetzt worden waren. Das Schiff wurde 2 Tage festgehalten. Am Ende erklärte sich der Kapitän bereit, den drei Besatzungsmitgliedern ausstehende Heuern in Höhe von insgesamt dkr 30.000 nachzahlen. Das Schiff fuhr weiter. Als es in Randers ankam, wurde dem Kollegen Fønsskov erneut zu verstehen gegeben, das es Probleme an Bord gab. Der Kapitän hatte anscheinend versucht, die Besatzungsmitglieder durch Drohungen zur Rückzahlung der ihnen ausgezahlten Heuer zu bewegen. Das Schiff wurde erneut blockiert und fuhr schliesslich am 18. Januar nach Bremen weiter, wo die Besatzung in den Streik trat. ITF-Inspektoren der deutschen Gewerkschaft OeTV begaben sich an Bord, um mit dem Kapitän zu verhandeln, der sich weigerte, einigen Besatzungsmitgliedern, die abzumustern wünschten, ihre Heuer auszus zahlen.

### Bequemlichkeitsbesatzungen

Im Oktober 1977 ergriffen die Hafendarbeiter von Oporto Maßnahmen gegen das unter griechischer Flagge registrierte Schiff MARY LIS. Dies geschah in Unterstützung von drei indischen Besatzungsmitgliedern, die Anspruch auf eine Prämie hatten, welche ihnen bei der Abmusterung nicht ausgezahlt worden war. Am Ende wurde der Streitfall mit Hilfe der Panhellenischen Seeleuteföderation (PNO) geklärt, die u.a. für die Wahrung der Interessen ausländischer Besatzungsmitglieder auf griechischen Schiffen zuständig ist.

KURZNACHRICHTEN

Großbritannien ist ab 1. Februar 1978 Mitglieds des Automatisierten Koordinierten gegenseitigen Schiffrettungsdienstes der amerikanischen Küstenwache (Coast Guard). Die englische Abkürzung für diesen Rettungsdienst ist AMVER (Automated Mutual-Assistance Vessel Rescue System). Gestützt auf die Fahrpläne und Standortmeldungen errechnet der AMVER-Computer in New York den jeweiligen Standort von Schiffen während der Fahrt, so daß einem in Seenot befindlichen Schiff jederzeit eine Liste der Schiffe übermittelt werden kann, die sich in seiner Nähe befinden.

3500 in Londoner Schleusenhäfen beschäftigte Hafendarbeiter (Mitglieder der uns angeschlossenen Britischen Transportarbeitergewerkschaft) haben einer Erhöhung ihrer Löhne um 10% und der Anhebung bestimmter Leistungsprämien zugestimmt. Ähnliche Erhöhungen sind bereits von Hafendarbeitern in Bristol, Hull und Southampton akzeptiert worden.

Italien: die uns angeschlossene Seeleutegewerkschaft UIM berichtet, daß sie noch immer in Verhandlungen über die Erneuerung des Ende 1977 abgelaufenen Kollektivvertrages steht. Falls die Arbeitgeber kein befriedigendes Angebot machen, könnte sich die Ergreifung von Streikmaßnahmen als notwendig erweisen.

Der Nordische Gewerkschaftsbund (NFS), der über fünfeinhalb Millionen Arbeiter in ganz Skandinavien vertritt, hat an die Luftfahrtsgesellschaft SAS geschrieben und ihr dringend nahegelegt, als Protest gegen das südafrikanische Apartheids-Regime den Flugbetrieb nach Südafrika einzustellen. Die NFS-Mitgliedsorganisationen stellten diesen Antrag im Rahmen der internationalen Kampagne des IDFG gegen die Apartheid.

Spanien: ein parlamentarischer Ausschuß hat die Ausdehnung der spanischen Fischereigrenzen von 12 auf 200 Meilen gutgeheißen.

Der kleine, aber sehr einflußreiche spanische Gewerkschaftsbund USO (Unión Sindical Obrera) hat sich am 18. Dezember 1977 auf einem Ausserordentlichen Kongreß mit der Transportabteilung des Gewerkschaftsbundes UGT zusammengeschlossen.

USA: die amerikanische Regierung erörtert gegenwärtig die Möglichkeit der Veröffentlichung einer Liste der Flughäfen, die für Gewaltakte anfällig sind.

#### PERSONALIEN

George Agius ist als Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitergewerkschaft von Malte wiedergewählt worden. Der neuer Stellvertretende Generalsekretär ist Vincent Esposito mit Carmel Consiglio als 2. Stellvertreter.

M. Anker Bakke, Kassenwart der Norwegischen Transportarbeitergewerkschaft, war am 12. Februar 65 Jahre alt. Kollege Bakke ist seit mehreren Jahren Mitglied des Ausschusses der Sektionstrassentransport. Er wird bis auf weiteres in seinem gewerkschaftlichen Amt bleiben.

Die dreijährige Amtszeit des Kollegen Dave Bowman als Präsident der britischen Eisenbahnergewerkschaft NUR ist abgelaufen. Sein Nachfolger ist der Kollege Alun Rees.

Ezio Canonica, seit 1973 Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ist am 5. Januar 1978 im Alter von 55 Jahren in Zürich gestorben. Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung verliert in ihm einen unermüdlichen Verteidiger der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.



C.S. Nair, von 1974 bis 1977 eines der beiden asiatischen Mitglieder im ITF-Vorstand und Berater der beiden ITF-Mitgliedsverbände in Singapur in Sachen Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen, ist am 7. Februar 1978 im Alter von 55 Jahren in London gestorben.

Roberto S. Oca, Gründer und Vorsitzender der Philippinischen Transportarbeitergewerkschaft, ist am 23. Februar 1978 im Alter von 58 Jahren gestorben. Er war ausserdem Gründer und Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Philippinen und von 1965 - 1974 Mitglied des ITF-Vorstandes.

John F. Peterpaul, Vizepräsident der amerikanischen Mechanikergewerkschaft IAM, ist zum Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft RLEA (Railway Labor Executives' Association) gewählt worden. Kollege Peterpaul ist Mitglied des ITF-Vorstandes. Sein Nachfolger als Vizevorsitzender der RLEA ist der Kollege Fred J. Kroll, Präsident der amerikanischen Brotherhood of Railway, Airline and Steamship Clerks (BRAC).

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

ITF-Vorstand	London, 13-14 März 1978
Fair-Practices-Ausschuss	London, 15-16 März 1978
Unterausschuss für Verkehrspolitik der Sektion Eisenbahn	Wien, 22-23 März 1978

\*\*\*\*\*  
\* WEITERE INFORMATIONEN \*  
\* ÜBER DIE IN DIESER NUMMER \*  
\* DER ITF-NACHRICHTEN ER- \*  
\* SCHEINENDEN MITTEILUNGEN \*  
\* SIND VOM ITF-SEKRETARIAT \*  
\* AUF ANFRAGE ERHÄLTlich \*  
\*\*\*\*\*

MAIAUFRUF DES IBFG 1978

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat beschlossen, im Frühjahr 1978 eine Beschäftigungskampagne durchzuführen, die das Ziel verfolgt, die Regierungen und die Öffentlichkeit auf die Vorschläge der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung aufmerksam zu machen, damit diese die Weltwirtschaft wieder beleben. Diese Vorschläge sind im IBFG-Überblick über die Weltwirtschaftslage enthalten, die vom IBFG-Vorstand im November 1977 gutgeheißen wurden.

Als Teil der Kampagne hat der IBFG Gewerkschafter gebeten, die nachstehend angeführte Mai-Botschaft in ihre Reden zum 1. Mai aufzunehmen.

"Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur in unserem Land ein Problem. Allein in den Industriestaaten sind 17 Millionen Menschen ohne Arbeit. In den Entwicklungsländern fragen sich 300 Millionen, woher die Nahrungsmittel für die nächste Mahlzeit kommen werden, denn sie haben nur wenig oder überhaupt keine Arbeit.

Wir alle, die wir dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehören, haben beschlossen, im Jahre 1978 unsere Kampagne für das Recht auf Arbeit zu intensivieren und zu koordinieren. So können wir einander helfen. Je mehr Arbeitsplätze vorhanden sind und je mehr die Arbeitnehmer verdienen, desto mehr Inlandserzeugnisse und Einfuhrprodukte können sie kaufen. Solche Verkäufe schaffen an anderer Stelle wieder mehr Arbeitsplätze. Heute fordern wir alle in der ganzen Welt unsere Regierungen mit einer Stimme auf: Schafft Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Steigerung der öffentlichen Ausgaben und bessere Zukunftsplanung; damit wird der Welthandel wieder belebt werden. Die armen Länder müssen unterstützt werden, damit sie sich selbst helfen können. Wir rufen die Staats- und Regierungschefs der größten Industriestaaten - USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Kanada - auf, so bald wie möglich ein neues Gipfeltreffen durchzuführen, um die Welt durch Verabschiedung der von der internationalen Gewerkschaftsbewegung bereits wiederholt geforderten Maßnahmen aus der Stagnation zu ziehen. Wenn jetzt nichts getan wird, dann werden wir eine Wirtschaftskatastrophe erleben, die der Krise in den 30er Jahren in nichts nachsteht."